

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Ranfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrunner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die vierspaltige Beilage ober deren Raum 80 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Krieg und Unfallfürsorge.

Der Fürsorge für die Kriegsverletzten wird in den weitesten Kreisen lebhaftes Interesse entgegengebracht. Eine große Menge von Unternehmerorganisationen haben für ihre Mitglieder deren Bereitwilligkeit erklärt, die infolge von Kriegsverwundung Verkrümmelten soweit als möglich wieder in ihren Betrieben zu beschäftigen, und die Arbeiter werden ihren beschädigten Kameraden in den Werkstätten jede mögliche Unterstützung leihen, um sie in ihrem Fortkommen zu fördern. Der Wiederbeschäftigung im Beruf muß aber die gründliche Heilung der Wunden vorausgehen. Die Verkrümmelten müssen mit Ersatzgliedern ausgestattet werden. Sie müssen sich an deren Gebrauch gewöhnen, in vielen Fällen auch einen neuen Beruf erlernen und sich in ihm eine gewisse Fertigkeit aneignen, die sie instand setzt, wieder nützbare Arbeit zu leisten.

Auf all diesen Gebieten sind viele Hände tätig, alle von dem guten Willen befeuert, den Verletzten zu helfen, ihr Fortkommen soweit als irgend möglich zu fördern. Die Ausstattung der Ersatzglieder wird immer weiter vervollständigt, an vielen Orten sind, meist an große Lazarette angegliedert, Werkstätten eingerichtet worden, in denen sich die Verkrümmelten an den Gebrauch der Ersatzglieder allmählich gewöhnen oder Anleitung für die Erlernung eines neuen Berufs erhalten. Ueber das ganze Reich verteilt ist ein Netz von Beratungsstellen, bei denen der Kriegsverletzte Rat und Hilfe für sein weiteres Fortkommen findet. Ueber die verschiedenen Zweige der Kriegsverletztenfürsorge ist eine jetzt schon unübersehbare und dabei ständig wachsende Literatur entstanden. Wenn man den vielfach recht übersichtlich gehaltenen Darstellungen trauen dürfte, dann wäre für die Zukunft der Kriegsverletzten auf das Beste gesorgt.

Man darf natürlich nicht außer acht lassen, daß die Anschaffung des Lebensmutes, die Stärkung des Selbstvertrauens sehr wichtige Heilfaktoren sind. Auch wir sind überzeugt, daß sich in manchen, im ersten Augenblick verzweifelt aussehenden Fällen noch ein Ausweg finden wird. Beispiele beweisen, daß fehlende Arme durch Ersatzstücke in so hohem Maße ersetzt werden können, daß der Verletzte seinen Beruf wieder voll ausfüllen kann. Aber trotzdem glauben wir, daß die hochgepannten Erwartungen hinsichtlich der Erfolge der Kriegsverletztenfürsorge in sehr vielen Fällen eine Enttäuschung erfahren werden. Aus den sorgfältig ausgewählten Beispielen, die dem großen Publikum vorgeführt werden, darf man nicht ohne weiteres schließen, daß solche Erfolge der Heilbehandlung die Regel bilden. Trotz aller Bemühungen, ihren Mut zu heben, wird man sich nicht verhehlen dürfen, daß vielen Kriegsverletzten bittere Erfahrungen nicht erspart bleiben werden.

Bei alledem ist es aber zu begrüßen, daß ein so lebhafter Wettbewerb entfaltet wird, die Kriegsverletzten wieder herzustellen und ihnen die Möglichkeit eines Erwerbes wieder zu verschaffen. Immer von neuem hören wir die Versicherung, daß die Verdienststeigerung eines Verletzten kein Grund sein soll, seine Rente zu kürzen. Diese Versicherung richtet sich gegen ein weitverbreitetes und tiefwurzelndes Mißtrauen, das aus dem Verhalten der Berufsgenossenschaften gegenüber den Unfallverletzten immer neue Nahrung schöpft. Vergleiche man die Fürsorge, wie sie den Kriegsverletzten, wenigstens augenblicklich, zuteil wird, dann wird man finden, daß sie im allgemeinen recht vorteilhaft absteht von der Behandlung der Unfallverletzten. Es liegt in der Natur der Sache, daß hier über kurz oder lang ein Ausgleich gesucht werden wird. So sehr wir wünschen, daß sich dieser Ausgleich in einer Verbesserung des Loses der Unfallverletzten äußern möge, so fürchten wir doch, daß in nicht allzu ferner Zeit die Praxis der Unfallberufsgenossenschaften die Fürsorge für die Kriegsverletzten ungünstig beeinflussen wird.

Die Zahl der Kriegsverletzten ist sehr groß, doch fehlt es zurzeit an einem Maßstab, um sie positiv zu schätzen. Für die Unfallversicherung liegen bestimmte Zahlen vor, deren Größe Staunen erregt. Nach den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1914 wurden trotz der durch den Krieg erheblich verminderten Arbeiterzahl bei der friedlichen Beschäftigung in der Heimat 704 973 Arbeiter verletzt. Darunter waren 124 086 so schwer verletzt, daß ihnen eine Rente zugesprochen werden mußte; 9401 Personen wurden in dem Berichtsjahr infolge Unfalls getötet. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung für das Jahr 1915 gab es in diesem Jahre insgesamt, also einschließlich der in früheren Jahren Verletzten, 855 487 Personen, die Unfallrente bezogen. Als Angehörige Getöteter erhielten Renten 102 744 Witwen, 115 046 Kinder und Enkel und 5725 Verwandte aufsteigender Linie. Es ist also ein sehr erheblicher Teil der Bevölkerung, der an den Leistungen der Berufsgenossenschaften unmittelbar interessiert ist.

Es ist bekannt, daß die Fürsorge den Verletzten nur unter großem Widerstreben zuteil werden lassen. Der Kampf um die Rente ist eine bekannte, oft beobachtete Erscheinung. Obwohl das Gesetz den Unglücklichen, der das Opfer eines Unfalls wurde, schon genügend Kraft, indem

es ihm bei völligem Verlust seiner Erwerbsfähigkeit nur zwei Drittel des früher verdienten Lohnes zubilligt und die Teilrenten unter gleichen Gesichtspunkten festgesetzt werden, so daß dem Verletzten der erlittene Schaden niemals voll ersetzt wird, sind die Berufsgenossenschaften, die den Schaden ohnehin so niedrig als möglich einschätzen, doch stets bei der Hand, die Renten zu kürzen. Die sogenannte Gewöhnung an die Unfallfolgen spielt unter den Mitteln, mit denen die Berufsgenossenschaften ihre Interessen gegenüber den Verletzten wahrnehmen, eine große Rolle.

Wenn man auch von Veranstellungen der Berufsgenossenschaften nach dieser Richtung noch nichts gehört hat, so ist doch anzunehmen, daß manche Erfahrungen der Kriegsverletztenfürsorge auch der Unfallfürsorge zunutze gemacht werden wird. Wir denken dabei unter anderem an die Fortschritte, die im Bau von Ersatzgliedern gemacht wurden. Nach den mit den Berufsgenossenschaften gemachten Erfahrungen wird man freilich damit rechnen müssen, daß auch hier nicht sowohl das Interesse der Verletzten als die Ersparnisse, welche die Berufsgenossenschaften allenfalls machen können, den Ausschlag geben. Ein dem Verletzten etwa überwiesener Arbeitsarm ermöglicht z. B. eine bedeutende Herabsetzung der Rente. Ob der Verletzte mit dem künstlichen Arm auch Arbeit findet, und ob er im günstigen Fall auch einen entsprechenden Verdienst erzielt, spielt ja für die Berufsgenossenschaft keine Rolle.

Sehr unangenehm empfinden es manche Berufsgenossenschaften, daß bei den fortgesetzten Musterungen der älteren Jahrgänge der Heerespflichtigen auch manche Bezueher von Unfallrenten als tauglich befunden und zum Waffendienst einberufen wurden. Es ist kein Geheimnis, daß bei den Kriegsmusterungen die Anforderungen an die körperliche Beschaffenheit der Gemusterten wesentlich herabgesetzt wurden. Mancher Unfallverletzte, der die Folgen seines Unfalls bei der Ausübung des Berufs noch empfindlich spürt, wurde für gewisse militärische Berichtigungen, die ja sehr mannigfaltig sind, noch geeignet befunden. Die betreffenden Berufsgenossenschaften machen sich nun Selbstvorwürfe, daß sie in der Ueberwachung der Rentenempfänger nicht scharf genug waren. Im allgemeinen wird ja, einer Weisung des Reichsversicherungsamtes entsprechend, von der Aufhebung der Rentenzahlung vorläufig abgesehen, aber nach dem Kriege wird voraussichtlich unter den zurückgekehrten Kriegsteilnehmern, die sich der liebevollen Fürsorge der Berufsgenossenschaft erfreuen, fürchterliche Musterung gehalten werden.

Das Schärfere Ansehen der Unfallverletzten wird natürlich nicht ohne streng wissenschaftliche Begründung erfolgen. Eine Probe davon finden wir in dem letzten Verwaltungsbericht der Sektion 9 der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft abgedruckt. Aus dem Gutachten eines „in der Begutachtung von Unfallverletzungen erfahrenen Arztes“ — die Objektivität der Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften ist hinreichend bekannt — heißt es:

„Der Krieg läßt, wie so viele Dinge und Anschauungen, so auch den Begriff der Arbeitsfähigkeit und ihrer Einbuße durch Körperbeschädigungen sicherlich uns alle in einem anderen Licht erblicken. Wie viele ältere Männer haben jetzt und schon seit Jahresfrist ihren Dienst erfolgreich wieder aufgenommen, die sich bereits als völlig nerdrückt, als „invalid“ angesehen hatten und auch dafür von anderen angesehen wurden. Wie viele Tausende haben sich als voll leistungsfähige Soldaten erwiesen, die nach den bisherigen Anschauungen — wegen Bruchleidens, Verlustes von Fingern, geringer Störungen der Seh- und Hörfähigkeit usw. — als dienstuntauglich vorher bezeichnet wurden. Dabei verlangt sicherlich gerade dieser Krieg von jedem einzelnen ein besonders hohes Maß von Widerstandsfähigkeit, von Kraft und Geschicklichkeit in allen technischen Dingen. Und so wird sicherlich diese gewaltige Prüfung des Volkes auch an den in langer Friedenszeit geschaffenen sozialpolitischen Gesetzen nicht spurlos vorübergehen können und zu einer besseren, gerechteren Würdigung der Erwerbsfähigkeitseinbuße durch Unfallfolgen gelangen lassen. Dabei ist diese bessere, wenn auch zunächst strenger erscheinende Würdigung sicherlich im eigenen Interesse der Verletzten gelegen. Von einzelnen Beispielen ganz abgesehen, wo einarmige Offiziere nach schon verhältnismäßig kurzer Zeit zur Gewöhnung als dienstfähig wieder zur Front zurückgekehrt sind — wie schnell haben sich Tausende mit selbst schweren und wiederholten Schädigungen abzufinden gewußt, da es sie trieb, wieder in die Reihe der Kämpfenden mit eingerechnet zu werden — Schädigungen, die in Friedenszeiten hohe Renten zur Folge gehabt und deren Beschwerden inselgedessen jahrelang noch angehalten hätten!

Während des Krieges überwindet die Begeisterung, die Sorge ums Ganze die Rentenbegehrungsanstrengung und schafft dadurch allein schon zweifellos die günstigste Vorbedingung für eine schnelle Abheilung und größtmögliche Gewöhnung. — Auch im Frieden wird man — mehr noch als bisher — von allen Seiten darauf dringen müssen, daß dieser Eifer, mit Unfallschädigungen möglichst schnell fertig zu werden, um bald und voll

leistungsfähig in die Reihe der Arbeitenden wieder mit eingestellt werden zu können, nicht durch Gewährung von irgend wie überflüssiger Rente verkrümmert wird.“

Für die Unfallfürsorge nach dem Kriege sind das wenig erfreuliche Ausichten. Schon seither haben die Berufsgenossenschaften öfters versucht, die Herabsetzung oder den Entzug der Rente als Heilfaktor in Anwendung zu bringen. Künftig wird man sich auf angebliche Kriegserfahrungen berufen und in der Hinsicht noch rigorosere Vorgehen. Die Kriegsverletzten können es als Glück betrachten, daß ihre Versorgung nicht unmittelbar von den Organen der Unfallversicherung abhängig ist. Die Praxis der Berufsgenossenschaften kann aber auch für die Kriegsverletzten nicht gleichgültig sein, denn die beiden Probleme Kriegsverletztenfürsorge und Fürsorge für die Unfallverletzten sind so nahe verwandt, daß mit der Zeit ein Ausgleich in der Behandlung der Opfer der verschiedenen Fürsorgetätigkeiten nicht ausbleiben kann.

Im Interesse der Arbeiter müssen wir darauf bedacht sein, das Los der Verletzten zu verbessern. Die beste Fürsorge besteht aber in der Verhütung der Verletzungen. Hoffentlich wird ein baldiger Friede die Quelle der Kriegsverletzungen, möglichst für immer, verstopfen. Aber auch die Unfallgefahr im Gewerbe läßt sich noch ganz bedeutend herabmindern. Hierbei können auch die Arbeiter erheblich mitwirken. Wir müssen darauf achten, daß die Unfallverhütungsvorschriften auf das peinlichste befolgt, und daß sie noch weit mehr vervollkommen werden. Ist aber ein Unfall passiert, dann soll auch dem Verletzten der erlittene Schaden voll ersetzt werden. Wir werden alle Aufmerksamkeit darauf richten müssen, daß nicht angebliche Kriegserfahrungen als Vorwand benutzt werden, die Fürsorge für die Unfallverletzten noch weiter zu verschlechtern.

Reichstagsarbeit.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Die weltpolitische Tragweite der russischen Revolution spiegelte sich in den beiden letzten Sitzungen des Tagungsabschnittes des Reichstages wider, der sich vom 20. bis 30. März erstreckte. Der Etat des Reichskanzlers stand zur Beratung. Alle großen Gebiete der inneren und der äußeren Politik Deutschlands werden bei dieser Gelegenheit durchgesprochen. Für die äußere und für die innere Politik erteilt nun die russische Revolution gewichtige Lehren. Sie rückt zunächst die Friedensfrage in ein neues Licht. Mögen auch die russischen liberalen Kriegstreiber, die unter dem Einfluß der englischen Staatsmänner stehen, mit der Revolution den Zweck verfolgt haben, die Kräfte ihres Landes noch einmal zusammenzufassen und aufzupreizen zu einem entscheidenden Schlag gegen Deutschland, so gleichen sie doch dem Zauberspruch, der die Geister, die er rief, nicht loszuwerden vermochte. Die Friedenssehnsucht der russischen Arbeitermassen bildete eine der Hauptkräfte, die zum Sturz der Gewaltthron des Zaren beitrugen. Diese Friedenssehnsucht wird so leicht nicht zu unterdrücken sein. Sie kann gestärkt werden, wenn die deutsche Regierung Flug zu Werke geht. Die deutsche Sozialdemokratie darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die Regierung in die einzig vernünftige Bahn gedrängt zu haben. In einer ausgezeichneten Rede des Abg. Noke wurde das russische Volk zu seiner Befreiung von der zaristischen Schandwirtschaft beglückwünscht, der deutschen Regierung zu Gemüte geführt, daß sie nicht auf die von der Junkerpresse gepflegte wahnwitzige Idee verfallen dürfe, die Wiederkehr des Galgenregiments in dem östlichen Nachbarreiche zu begünstigen, daß sie vielmehr die Pflicht habe, die Friedensbereitschaft Deutschlands mit größter Deutlichkeit der neuen russischen Regierung zum Bewußtsein zu bringen. Der Reichskanzler Bethmann Hollweg zeigte das nötige Verständnis für den sozialdemokratischen Appell. Er schüttelte den Zaren Nikolaus als „das Opfer eigener tragischer Schuld“ ab und wies es weit von sich, als ob Deutschland die kaum errungene Freiheit des russischen Volkes vernichten wolle. Wie sich das russische Volk sein Haus einrichte, sei ausschließlich seine eigene Angelegenheit, in die Deutschland sich nicht einmische. Als einzigen Wunsch der deutschen Regierung bezeichnete der Kanzler, daß sich in Rußland Zustände entwickeln, die es zu einem festen und gesicherten Bollwerk des Friedens machen. „Das russische Volk, das diesen Krieg nicht gewollt hat“, erklärte Bethmann weiter, „kann ohne Sorge vor irgendwelcher Einmischung von unserer Seite sein. Wir begehren nichts anderes, als möglichst bald wieder in Frieden mit ihm zu leben, einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist.“ Der starke Beifall, den diese Worte bei der gesamten Linien des Reichstages auslöste, wird von 99 Prozent des deutschen Volkes geteilt. Das eine Prozent derer, die von innerem Unwillen erfüllt sind, wenn sie das Wort Frieden aussprechen hören, wagte es nicht, offen der Abneigung gegen die Politik des Kanzlers bei dieser Gelegenheit Ausdruck zu geben. Auch die verständige Andeutung Bethmanns, daß an der Distanz zurzeit größere

Kriegshandlungen nicht in Frage kommen, wurde vom Reichstag zustimmend aufgenommen.

Ein leiser Hoffnungsschimmer leuchtet aus diesem Widerspruch der russischen Revolution im Deutschen Reichstag hervor. Möge die russische Arbeiterkraft nun die Kraft entfalten, um ihre neue Regierung zum Einschlagen in die dargebotene Friedenshand zu zwingen. Rußland kann jetzt einen Frieden haben, der seiner Ehre nichts vergibt. Erweist sich Rußland zu einem solchen Frieden bereit, so muß auch der Blutstrom an der Westfront bald versiegen.

Erkannte der Kanzler die Lehren, die sich in der äußeren Politik aus der russischen Umwälzung ergeben, so hat er es noch nicht verstanden, die unabwiesbaren Folgerungen zu ziehen, zu denen sie uns in der inneren Politik führen muß. Zwar hat Bethmann selbst wenige Tage vor dieser Reichstagsdebatte im preussischen Landtag, in dem er sich gegen die versteinerten Reaktionen wandte, das inhaltsschwere Wort geprägt: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt“, aber er will die Erkenntnis, die er aus den Zeitereignissen gewonnen hat, noch nicht in die Tat umsetzen. Nachdem Rußland in die Reihe der demokratisch regierten Staaten eingetreten ist, steht Deutschland fast allein in der Welt als ein Staat der Bevormundung des Volkes durch eine Regierungsbureaucratie, als ein Staat, in dem die Rechte der Bürger nach dem Geldbeutel bemessen sind. Gewiß, wir haben das gleiche Reichstagswahlrecht, und es ist uns gelungen, mit Hilfe desselben den herrschenden Klassen manches abzutragen. Der führende deutsche Bundesstaat aber steht noch im Zeichen des Dreiklassenwahlrechts und übt mit Hilfe desselben die stärkste Hemmung des Fortschritts in der Reihe aus. Zu Beginn des Krieges, als man noch mit seiner raschen Beendigung rechnete, glaubte man die großen inneren Reformen bis nach dem Friedensschluß verschoben zu können. Nun dauert der Krieg aber fast drei Jahre, Millionen von Männern mit verlorbenen Staatsbürgerrechten haben auf den Schlachtfeldern geblutet, die Einbuße an Ansehen, die Deutschland seiner undemokratischen inneren Gestaltung wegen in der Welt erlitten hat, wird immer offenkundiger — da ist es höchste Zeit, mit der Neuordnung des inneren Deutschland endlich zu beginnen. Rußland lehrt, daß ein Volk sich seine Rechte nimmt, wenn sie ihm, allen Mahnungen zum Trotz, beharrlich verweigert werden. Unerträglich ist der Gedanke, daß auch nur ein einziges Mal noch nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt werde. Gerade jetzt, wo unser Volk an Opfern und Entbehrungen das Höchste zu leisten hat, würde eine Modernisierung unserer Staatseinrichtungen eine moralische Kräftigung der Massen bedeuten. Auch die Fortschrittspartei machte sich diese von Roske entwickelten Gedankengänge zu eigen, und selbst die Nationalliberalen verschlossen sich ihnen nicht. Aber die konservative Rechte, die trotz ihres sehr schwachen Anhangs im Volke die Herrschaft im preussischen Landtag ausübt, widersteht sich jeder Neuordnung zugunsten der breiten Massen. Und vor diesem Widerstand der Kleinen, aber mächtigen Partei schreckt der Kanzler noch immer zurück. „Bis zur Stunde“ habe er sich nicht davor überzeugen können, daß die Durchführung der Wahlrechtsreform während des Krieges ratsam sei. Unsere Zeit läßt aber mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts. Möglich, daß die Stunde nicht sehr fern ist, in der der Kanzler zu anderer Ansicht gelangt. Auf dem Gebiet des Reichstagswahlrechts will er übrigens schon jetzt mit sich reden lassen. Der Reichstag hat denn auch mit 225 gegen 33 Stimmen beschlossen, an die Arbeit zu gehen. Ein Verfassungsausschuß wurde eingesetzt, der insbesondere das Verhältnis zwischen Volksvertretung und Regierung auf seine Reformbedürftigkeit prüfen soll. Die Forderung des parlamentarischen Regierungssystems steht damit zur Erörterung. Die Regierung wird dem Volke näherkommen, wenn sie nach dem Willen der Volksvertretung und aus Mitgliedern derselben gebildet wird. Daneben ist das Unrecht der schwachen Vertretung der großstädtischen Kreiswahlkreise zu beseitigen. Am besten würde der Reichstag durch die Verhältniswahl berufen, die nun auch von nationalliberaler Seite empfohlen wird. Gewiß liegen gerade in dieser Partei Rückschrittkler und Sozialmachter, die jede Erweiterung der Volksrechte ebenso hassen wie die Konservativen. Die Mehrheit der Nationalliberalen scheint aber zu ahnen, daß sie von der Volksstimme erdrückt werden würden, wenn sie sich den Zeitströmungen nicht anpassen verstehen. Das gleiche gilt vom Zentrum, dessen große Mehrheit es vorzog, für den Verfassungsausschuß zu stimmen. Möge dieser Ausschuß reich und gut arbeiten und nicht nur für den Ausben des Reiches, sondern auch der Demokratie in allen Bundesstaaten und Gemeinden ein Wegbereiter sein.

Hinter diesen sozialpolitischen Debatten des Reichstages, die das Interesse der Arbeiter in erster Linie in Anspruch nehmen, treten die anderen Arbeiten zurück. Und doch sind auch diese von größter Wichtigkeit. Eindeutiger als je haben neue Steuern und beschloffen werden, wozon zwei Drittel die breiten Massen unerschöpflich stark belasten. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Leistung des Reichstages erfordert eine besondere Würdigung, die nachfolgend folgt. Sodann ist eine Linderung des Militärstrafgesetzbuches beschlossen worden. Die unerhörten Strafen und Verbote, die bisher auf gewissen militärischen Vergehen und Verbrechen ruhten, sind wesentlich herabgesetzt worden. Es handelt sich nicht um eine abfällige Reform, sondern um eine Abschlagszahlung, die rasch in Kraft treten und möglichst weit rückwärts fall auf zurückliegende Straftaten. Die dramatische Verteilung geldgaurer Familienmitglieder für mehr oder weniger harmlose Vergehungen und Handlungen hat sich, je länger der Krieg dauert, desto unheimlicher erweitert. Gerecht und Gerechtigkeitsgefühl fordern, daß die bereits verhängten, aber noch nicht voll durchgeführten Strafen nach den neuen Bestimmungen eine Nachzahlung erfahren.

Eine bürgerliche Justizreform, die unter der Färbung der „Rechtspflege“ geplant ist, dürfte rascher durchgeführt werden. Das ist auch nicht zu wünschen. Denn es ist dabei eine nicht unwesentliche Einschränkung der Rechtspflege durch Seitenrichter beabsichtigt. In unvollkommener Richtung gilt es hier zu reformieren, wenn das Rechtsempfinden des Volkes in der Rechtspflege zum Ausdruck kommen soll. Die sehr die zumstufliche Justiz zu-

weilen gegen das Rechtsempfinden des Volkes verläßt, das wurde in den Debatten über den Justizetat von dem sozialdemokratischen Redner an zahlreichen Beispielen kritisch dargetan.

Eine sozialpolitische Debatte größeren Stils gab es beim Etat des Reichsamts des Innern, dem ein zweiter Unterstaatssekretär genehmigt wurde. Die Zeitung dieses Amtes mit seinem weitverzweigten Arbeitsgebiet stieß aber auf Widerstand bei der Regierung und der Mehrheit der Parteien. Von der deutschen Sozialpolitik wurde so ziemlich einmütig anerkannt, daß sie zur Stärkung der deutschen Wehrkraft sehr viel beigetragen habe. In das übertriebene Lob, das unseren sozialen Einrichtungen vom Zentrumsgewählten Giesberts gezollt wurde, konnten aber die sozialdemokratischen Redner nicht einstimmen. Sie forderten vielmehr Schutz gegen den Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft, der während des Krieges besonders bei der Ausnutzung der Frauen- und Kinderarbeit getrieben wird. In diesen Erörterungen wurden auch die Ernährungsfragen schon gestreift, die bis jetzt nur im Ausschuß gründlich besprochen wurden, und denen in der Vollversammlung nach Ostern eine größere Beleuchtung vorbehalten ist. Dem preussischen Landwirtschaftsminister, dem Vater aller Hindernisse, ist aber schon zu verstehen gegeben worden, daß er im Reichstag mit seiner herausfordernden Verteidigung gegen die von den Gewerkschaften aller Richtungen wider ihn erhobenen Anklagen keine große Erfolge erzielen wird.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß der Reichstag sich eingehend mit der Frage der Vereinheitlichung des deutschen Verkehrs befaßt hat. Trotz des Widerstandes der preussischen, bayerischen und sächsischen Regierungen hat er sich für eine einheitliche Leitung der deutschen Wasserstraßenpolitik entschieden und vom Reichskanzler eine Denkschrift gefordert über die finanziellen und wirtschaftlichen Vorteile der Verwaltung der deutschen Eisenbahnen durch das Reich. Es wäre eine große Errungenschaft, wenn aus dem Weltkrieg die innere wirtschaftliche Einheit Deutschlands, die auf dem Verkehrsgebiet noch fehlt, hervorginge.

Eine kleine Agitationstour.

Vor einiger Zeit wandte sich unsere Ortsverwaltung Braunschweig mit dem Ersuchen an den Verbandsvorstand, es möchte ein Vertreter desselben in einer Mitgliederversammlung ein Referat über das Thema halten: „Die Gewerkschaften während des Krieges und das Hilfsdienstgesetz.“ Dieser Aufforderung hat der Vorstand entsprochen und den Unterzeichneten mit der Ausführung dieser Aufgabe betraut. Leider ist dann aber die Aussprache mit den Braunschweiger Kollegen wegen eines ergangenen Versammlungsverbots ins Wasser gefallen, während ich den gegebenen Anlaß benutzte, in Magdeburg, Hamburg, Kiel und Bremen über dasselbe Thema eine Aussprache mit den Kollegen herbeizuführen.

Nach meiner Überzeugung ist es auch den Braunschweiger Kollegen nicht lediglich darum zu tun gewesen, wieder einmal einen Vertreter des Vorstandes in ihrer Mitte begrüßen zu können; sie dürften vielmehr davon ausgegangen sein, daß in diesen Fragen — ganz allgemein betrachtet — gewisse Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gewerkschaften bestehen, an deren Austragung sie für ihren Teil mitwirken wollten. Daß der Vorstand solche Absichten durchaus begrüßt und ihnen gern entgegenkommt, ist wohl hinlänglich bekannt.

Meine Ausführungen in den Versammlungen enthielten zunächst einen Hinweis auf die den Gewerkschaften durch den Krieg zugefallenen Aufgaben und die Art deren Erledigung. An einigen Beispielen zeigte ich kurz die durch die Ereignisse bedingten Änderungen in unserem Unternehmensewesen, unsere Betätigung auf den Gebieten der Kriegsbeschädigtenfürsorge, der Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitgebern in den verschiedenartigsten Verzweigungen, des Verkehrs mit den Behörden, die Bemühungen und Erfolge unseres Verbandes in der Vertrags- und Leuzungszulagenbewegung, um alsdann überzugehen auf die allgemeine Haltung der Gewerkschaften und der Generalkommission zu den Kriegsaufgaben. Ich zeigte, wie sich unser Vorstand an der Beratung und Erledigung vieler sozialer und sozialpolitischer Mafßnahmen beteiligt hatte, wie er vor oder nach den Konferenzen der Verbandsvorstandesvertreter zu den dort behandelten Punkten Stellung nahm und seine Meinung mit in die Waagschale werfen konnte. Dabei unterließ ich nicht, auf die Tatsache hinzuweisen, daß wir trotz gewisser Meinungsverschiedenheiten, die auch innerhalb unseres Vorstandes über bestimmte Fragen der Arbeiterbewegung während des Krieges herorgetreten sind, doch im Einzelfalle über unsere tatsächliche Haltung seit stets einig waren. Für die ohne unsere Mitwirkung erledigten Fragen könnten wir natürlich nicht verantwortlich gemacht werden, insbesondere habe ich eine von der Generalkommission gemachte Eingabe an die Regierung für meinen Teil ohne weiteres preisgegeben. Meine Ausführungen zu dem Hilfsdienstgesetz beschränkten sich, wie es im Rahmen eines solchen Vortrages nicht anders sein kann, auf allgemeine Gesichtspunkte: Die Anforderungen der Wehrverwaltung bezüglich der Steigerung der Munitionserzeugung, die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Arbeiter unter dem Kriegszustand, die den Machthabern zur Verfügung stehende Gewalt über die breiten Volksmassen und die daraus folgenden Konsequenzen für die Arbeiter, wenn das Gesetz nach dem einseitigen Willen der Unternehmer und der bürgerlichen Parteien geformt oder etwa gänzlich zu Fall gebracht worden wäre. Neben den vielfachen sozialen und fortschrittlichen Tendenzen des Gesetzes habe ich auch dessen Schattenseiten erwähnt, wobei ich allerdings der stark übertriebenen Agitation von bestimmter politischer Seite nicht folgen konnte, die bei ihren Schlussfolgerungen, daß das Gesetz nur für die Arbeiter ungünstig sei, die Tatsache verschweigt, daß die Arbeitervertreter unter der Zwangslage standen, schlimmere und in jeder Hinsicht nachteiligere Zustände für die Arbeiter dadurch zu verhüten, daß sie ersichtlich an einer annehmbaren Gestaltung des Gesetzes mitarbeiteten. Ob ihnen das voll gelungen ist und ihre taktische Haltung in jeder Hinsicht

die allein richtige war, unterlag nicht meiner Entscheidung. Die Beurteilung dieser Frage müsse objektiv und ohne jede politische Voreingenommenheit erfolgen, was gegenwärtig für uns alle äußerst schwer sei. Ich habe meine Ausführungen so sachlich wie möglich gehalten und damit auch — mit einer Ausnahme — in allen Versammlungen eine sachliche Diskussion hervorgerufen.

In der Versammlung unserer Magdeburger Kollegen bedurfte es meiner Ermahnungen zur unbedingten Einigkeit allerdings nicht, dort herrscht auch so ein stark ausgeprägter gewerkschaftlich-solidarischer Geist. Selbst ein Redner, in dessen politischer Nachbarschaft sonst gewöhnlich ein anderer Ton herrscht, konnte nicht anders, als zur vollsten gewerkschaftlichen Einigkeit aufzufordern und bei aller sonstigen Meinungsverschiedenheit die Geschlossenheit der Organisation zu empfehlen.

In Hamburg wurde an der Tätigkeit des Hilfsdienstauschusses herbe Kritik geübt, wie auch viele Maßnahmen der Generalkommission und die Haltung der Gewerkschaftspressen den Diskussionsrednern Anlaß boten, ihre gegenteiligen Ansichten vorzutragen. Soweit dabei nach meiner Meinung Uebertreibungen oder Irrtümer mit unterlaufen waren, habe ich diese im Schlusswort richtiggestellt, im übrigen aber die sachliche Art der Kritik anerkannt.

Die Aussprache in der Kieler Versammlung war recht lebhaft und brachte eine Reihe begründeter Beschwerden der Kollegen über die jetzigen Arbeitsverhältnisse, besonders auf den Werften, hervor, für deren Abstellung der Hilfsdienstauschuß weder den guten Willen zeige noch die Macht besitze. Damit schienen den betreffenden Kollegen die unbedingte Beurteilung des Hilfsdienstgesetzes hincaldend begründet zu sein; die von mir bekante Möglichkeit weit schlimmerer Zustände bei Ablehnung des Gesetzes trat dagegen zurück. Die Tätigkeit und Erfolge unseres Verbandes im allgemeinen wurden lobend anerkannt und die kräftige Förderung des Verbandes in der Agitation usw. jedem Kollegen zur dringlichsten Pflicht gemacht.

Aus Bremen bin ich mit weniger Befriedigung fortgegangen, dort herrscht nicht nur eine unabsehbare geistige Verwirrung in den Köpfen der Kollegen über Kampfesziel und -ziel der ganzen Arbeiterbewegung, sie machen auch den Verband bzw. seine Versammlungen zum Sammelpfad ihrer „radikaleren“ Meinungskämpfe, die sie in Zukunft noch viel radikaler auszutragen versicherten, als es bisher schon der Fall war. Im Interesse der ganzen Zahlstelle scheint es mir dringend nötig, daß die Kollegen aus dem Felde recht bald heimkehren und mit dieser Art „Ärzung“ aufhören, die zu einer Verwirrung geführt hat, an der höchstens ein paar Ueberkonfessionäre noch Gefallen haben können. Obwohl die sog. „Opposition“ von vornherein in der Minderheit war, und alle ihre Bemühungen, mich überhaupt am Reden zu hindern, von der Mehrheit der Versammlung abgelehnt wurden, haben deren Vorkämpfer doch allein die ganze Zeit der Diskussion in Anspruch genommen, um mir wenigstens das Schlusswort abzuschneiden. Natürlich haben sie damit auch die Versammlung selbst auf eine ganz einfache Art „gesprengt“, denn am Schluß war kaum noch von einer Versammlung die Rede; die Kollegen hatten von dem Zeug, was da alles verzapft worden ist, erklärlicherweise die Nase halb voll und sind deshalb verschwunden.

Diese Versammlung muß ich daher ausnehmen, wenn ich mein Urteil über die erfolgte Aussprache in den übrigen Versammlungen dahin zusammenfasse, daß dieselbe durchaus nützlich und fruchtbringend war. Sowohl die Kollegen als auch der Vorstand werden gern aus den gegebenen Anregungen und kritischen Betrachtungen ihre praktischen Anwendungen ziehen und ihr Bestes daransetzen, den Verband in alter Stärke und Kampfesfähigkeit zu erhalten. Wenn das der oberste Leitern unseres Handelns bleibt, werden wir der Zukunft und der hoffentlich recht baldigen Heimkehr unserer Kriegsbrüder mit Zuversicht entgegensehen dürfen. U. Reumann.

Soziales.

Friedenssehnsucht und Kriegserweiterung.

Das Friedensangebot, das von Deutschland und seinen Verbündeten am 12. Dezember 1916 den feindlichen Mächten gemacht wurde, ist wirkungslos verhallt. Es hat nur den Erfolg gehabt, daß die feindlichen Regierungen überspannte Eroberungsziele veröffentlichten. Die deutsche Regierung hat die Konsequenzen aus der Ablehnung ihres Angebots gezogen, und der verheerliche U-Bootkrieg fügt den Feinden fortgesetzt schweren Schaden zu. Aber die Mittelmächte sind nach wie vor zu Friedensverhandlungen bereit, und sie haben diese Bereitschaft erneut der Welt kundgetan. Die Form, in der das neue Friedensangebot gemacht wurde, ist etwas eigenartig; man hat sich dazu der Presse bedient. Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, war in Berlin und hat am 31. März, unmittelbar nach seiner Rückkehr, dem Chefredakteur des offiziellen „Wiener Fremdenblatt“ Mitteilungen gemacht, in welchen die fortgesetzte Friedensbereitschaft der Mittelmächte in unzweideutiger Weise zum Ausdruck kommt. Der Minister erklärte, daß das neue Rußland ebenso wie die Entente jeden Tag einen ehrenvollen Frieden mit den Zentralmächten schließen könne. Er wiederholte die Bereitschaft zur Abhaltung einer Friedenskonferenz. Dem Einwand der Feinde, daß das Friedensangebot der Mittelmächte eine Falle gewesen sei, begegnete der Minister mit der Bemerkung, daß der Krieg während der Konferenz fortgesetzt werden könne. Auf die Frage nach einem allgemeinen Rahmen für die Friedensbedingungen erwiderte der Minister, daß wir einen uns aufgezwungenen Verteidigungskrieg führen, dessen Zweck die gesicherte, freie und ungehinderte Entwicklung der Monarchie sei. Garantien für unseren Bestand und unsere Existenzmöglichkeit müssen wir erhalten. Sobald die Gegner ihre unerfüllbaren Ideen, uns zu zerschmettern, fallenlassen, sobald sie bereit sind, über einen für sie wie für uns ehrenvollen Frieden zu verhandeln, steht den Verhandlungen nichts im Wege. Diese Äußerungen des österreichisch-ungarischen Ministers wurden kräftig unterstrichen durch eine Note des halbamtlichen Wolffschen Telegraphen-Bureaus, in welcher noch einmal betont wird, daß die Zentralmächte ein

Interesse an der russischen Reaktion zu nehmen gewillt sind. Im übrigen wird in dieser Note das volle Einverständnis der maßgebenden deutschen Kreise mit den Äußerungen des Grafen Czernin zum Ausdruck gebracht.

Es handelt sich bei diesen Rundgebungen in der Tat um ein neues Friedensangebot der Mittelmächte, ob es aber in absehbarer Zeit zu dem gewünschten Ziele führen wird, steht dahin. Die Friedenshoffnung der Völker ist schon so oft getäuscht worden, daß man sich keinen optimistischen Erwartungen hinzugeben mag. Viel wird von der Entwicklung der Dinge in Rußland abhängen. Dort ringt nach dem Sturz des Absolutismus die krieglustige Bourgeoisie, die in der vorläufigen Regierung die stärkste Vertretung hat, mit der einflussreichen Arbeitervertretung, die den Frieden herbeiführen will. Die Nachrichten, die aus Rußland kommen, sind dazu bestimmt, den Eindruck zu erwecken, als herrsche dort Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Fortsetzung des Krieges. Es ist nicht schwer zu erkennen, daß diese Nachrichten gefährlich sind, um so schwerer aber ist es, sich ein richtiges Bild von dem wirklichen Stand der Dinge zu machen. Auch läßt sich schwer beurteilen, ob der revolutionären Regierung keine Gefahren mehr von den Anhängern des alten Regimes drohen. Die neue Regierung müßte eigentlich den Frieden herbeiführen, um Ordnung im Lande zu schaffen; daß ihre Äußerungen trotzdem so kriegsbegeistert klingen, ist kein gutes Zeichen für die baldige Wiederverkehr des europäischen Friedens.

Inzwischen sind die Vereinigten Staaten aus dem Zustand einer uns feindlichen Neutralität zum offenen Krieg übergegangen. Der Präsident Wilson hat am 2. April den amerikanischen Kongress mit einer Ansprache eröffnet, in welcher er verlangt, daß der Kongress den Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland als bestehend anerkennen soll. An dem Zustandekommen eines solchen Beschlusses ist nicht zu zweifeln, und somit haben wir mit einer weiteren Vermehrung der Zahl unserer Feinde zu rechnen. Das Ereignis kommt nicht mehr überraschend; seit der Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges mußte damit gerechnet werden. Wilson will den Krieg, weil sein Menschlichkeitsgefühl beleidigt ist und er dem verletzten Recht Geltung verschaffen will. Das ist eine groteske Heuchelei. Aufrichtiger wäre es, zu sagen, daß durch den rücksichtslosen U-Bootkrieg die amerikanischen Kriegserklärungen für unsere Feinde gestört und damit der Profit der amerikanischen Kapitalisten beeinträchtigt wird. Durch die Beteiligung Amerikas am Krieg bekommt die amerikanische Rüstungsindustrie wieder Hochkonjunktur. Ihre Ruznießer werden mit dem Präsidenten Wilson zufrieden sein.

Wenn Wilson für die Freiheit der Meere eintreten wollte, dann hätte er dazu Gelegenheit gehabt, als England durch die Erklärung der Seesperre den Handel Americas mit Deutschland unmöglich machte. Der englischen Gewaltherrschaft hat sich aber Wilson ruhig unterworfen. Erst als Deutschland sich des gleichen Mittels bediente wie seine Feinde, da erinnerte sich Wilson seiner Pflicht, für die Freiheit der amerikanischen Schifffahrt einzutreten. Bewundernswert ist das Mitgefühl, das Wilson den Nichtkämpfern, den Frauen und Kindern, entgegenbringt, die sich durch das Befahren der gesperrten Meeresteile der Gefahr aussetzen, den U-Booten zum Opfer zu fallen. Daß Millionen deutscher Frauen und Kinder durch die englischen Kriegsmassnahmen zum Hungertode verurteilt wurden, läßt ihn kalt. Es sind ja auch nur Deutsche, die nach Wilsons Annahme verpflichtet sind, ruhig den Hals hinzuhalten, wenn man sie erdroffeln will. Wilson erinnert lebhaft an jenen biederen Gefängniswärter, der einen armen Sünder auf seinem letzten Wege zu begleiten hatte. Als dieser, Heß mit Namen, sich der Exekution widersetzte, redete ihm der Pfarrer freundlich zu: „Sehnen, laß dich köpfen! Geh, liebes Sehnen, zu mir den einzigen Gefallen und laß dich köpfen!“ Wilson geht noch einen Schritt weiter; weil das Schlachtopfer, seines Zuspruchs ungeachtet, bei seinem Widerstand beharrt, will er selbst das Amt des Richters übernehmen.

Welche positive Wirkung das Eingreifen Amerikas an der Seite unserer Feinde ausüben wird, läßt sich noch nicht übersehen. Bei der Verflüchtigung des unbeschränkten U-Bootkrieges wurde mitgeteilt, daß die oberste Heeresleitung alle Eventualitäten in Betracht gezogen habe. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß die Feinde Deutschlands trotz der Verstärkung, die sie erfahren, ihr Ziel nicht erreichen werden. Allerdings ist der Eintritt Amerikas in den Krieg ein Moment, das geeignet ist, aufkeimende Friedenshoffnungen stark herabzustoßen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Einschließlich des Lokalbeitrages beträgt der wöchentliche Verbandsbeitrag in der Zahlstelle Plauen i. Vogtl. für weibliche Mitglieder 35 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 15. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 287450 Adolf Beyer, Tischler, geb. 28. 3. 77 zu Zeitz.
- 379895 Max Dittrich, Tischler, l. 10. 66 zu Sannau i. Schleß.
- 475329 Willy Wolter, Tischler, geb. 27. 9. 89 zu Glienede.
- 758957 Herm. Brandt, Tischler, geb. 6. 3. 98 zu Köllersien.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Nichelau. (Korbmacher.) Unser Ort ist bekannt durch seine starke Korbindustrie, aber auch durch die Schwierigkeiten, die sich hier der Organisation der Arbeiter entgegenstellten. Schon vor dem Kriege wurden hier Geschäfte über angefertigt, aber den Unternehmern fiel es nicht schwer, die Löhne niedrig zu halten und herabzudrücken.

Verschiedene Unternehmer aus anderen Gegenden des Reiches haben die Rückständigkeit der hiesigen Korbmacher gründlich ausgenützt. Unternehmer aus Berlin und Hamburg spielten sich als „Böhlkäter“ auf, beschenkten die Arbeiter mit Bier, Seringen, Apfelsinen usw. und hielten sich dafür am Jahrtag gründlich schadlos. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat es an Bemühungen in Michelau nicht fehlen lassen. Aber erst um die Mitte des vorigen Jahres war ein Erfolg zu sehen, und im Oktober konnte eine Zahlstelle gegründet werden, die jetzt etwa 150 Mitglieder zählt. Bei den hiesigen Verhältnissen ist es eine schwere Arbeit, den Reichstaxi zur Anerkennung zu bringen. Was für Widerstände zu überwinden sind, kann man daran ersehen, daß die Heeresverwaltung Minenlörbe an den Hausindustrie-Verband vergeben hat, wofür ein Arbeitslohn gezahlt wird, der fast um 1 Mk. niedriger ist als die Preise, welche die Zentralkommission der Korbmacher veröffentlicht hat. Die Arbeiter sind selbst schuld, daß sie sich mit solchen Hungerlöhnen abfinden lassen. Ist es doch bei 10stündiger angestrengter Arbeit kaum möglich, 3 Mk. zu verdienen. Durch einigen Zusammenschluß im Verband wäre es uns möglich, die Mißstände zu beseitigen. Deshalb richten wir an die Kollegen und Kolleginnen in Michelau das dringende Ersuchen, allesamt dem Deutschen Holzarbeiter-Verband beizutreten.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Dortmund. In dem Genossenschaftsbetrieb Rheinisch-Westfälische Holzindustrie kam es bei der Durchführung der am 15. Februar vereinbarten Teuerungszulage für den hiesigen Bezugsbezirk zu recht ersten Differenzen. Die Firma zahlt seit dem 15. November die vor dem Reichsamt des Innern vereinbarte Teuerungszulage von 18 Pf. und war im Gegensatz zu allen anderen Betrieben am Orte, welche eine Teuerungszulage von 11 Mk. wöchentlich zahlen, der Auffassung, damit ihre Pflicht zu erfüllen. Sie weigerte sich, trotz mehrmaliger Verhandlungen, an welchen neben dem Arbeiterausschuß auch der Gewerkschaftsrat teilnahm, die Differenz von 4 Pf. zu zahlen. Alle Hinweise, daß auch andere Betriebe, welche keiner Arbeitgeberorganisation angehören, die 11 Mk. wöchentlich zahlten, praktisierten an dem Standpunkt der Firma ab; so daß sich letzten Endes die Kollegen zur Arbeitseinstellung genötigt sahen, die dann auch nach eintägiger Dauer einen vollen Erfolg zeitigte. Den Ausführungen des Gewerkschaftsrates über die Vereinbarung vom 15. Februar für den hiesigen Bezugsbezirk glaubte die Firma keinen Glauben beimessen zu dürfen, sie wandte sich daher an die Zentralkommission des Westdeutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und an das Generalkommando in Münster, um sich von diesen Stellen aus ihre Auffassung bestätigen zu lassen. Erst bei einer weiteren Verhandlung, als die Arbeit ruhte, kam es dann zu einer Verständigung. Die Kollegen erhalten jetzt, wie in allen anderen Betrieben, eine Teuerungszulage von 11 Mk. wöchentlich und die Differenz ab 15. Februar nachgezahlt. Den Erfolg haben die Kollegen ihrer einmütigen Entschlossenheit zu danken.

Niesa. Ueber eine Neuregelung der Löhne für die Risten-, Sägewerks- und Hilfsarbeiter in der GEG. und dem Hasenhobelwerk haben mehrfache Verhandlungen stattgefunden. In der GEG. wurde der Vertragslohn für die Ristenbauer und Maschinenarbeiter auf 80 Pf. und für die Hilfsarbeiter auf 70 Pf. angelegt. Die bezahlten Löhne stehen jedoch um 5 Pf. über diesem Mindeststundenlohn. Im Hasenhobelwerk konnte dagegen nur ein Mindestlohn von 60 Pf. für die Maschinenarbeiter und von 55 Pf. für die Hilfsarbeiter erreicht werden. Die Arbeitszeit ist hier leider noch erheblich länger als in der GEG. Dagegen wurde für die Frauen und die jugendlichen Arbeiter im Hasenhobelwerk 40 Pf. Mindeststundenlohn vereinbart, während in der GEG. die jüngeren jugendlichen Arbeiter weniger verdienen. Diese ungleichmäßige Entlohnung wie die an und für sich nicht günstigen Verhältnisse der Sägewerksarbeiter in Niesa-Groba werden zum größten Teil dadurch verschuldet, daß die Arbeiter in den beiden Hauptbetrieben dieser Branche, bei den Firmen Brandt und Förster, noch dem Transportarbeiter-Verband angehören oder gar nicht organisiert sind. Die Durchführung besserer und gleicherer Löhne für die Sägewerksarbeiter wird hierdurch wesentlich erschwert. Bei einer Besprechung mit dem Arbeitgeberverband hat ein Vertreter desselben bereits erklärt, daß diese Zerrissenheit der Organisation im Kreise der Arbeiter das gesamte Sägewerksgewerbe schädige und den Abschluß eines allgemeinen Vertrages für die sächsische Sägewerksindustrie wesentlich erschwere. Hoffentlich ziehen die Sägewerksarbeiter in Niesa nun bald eine Lehre daraus und sorgen für eine einheitliche Organisation.

Gewerkschaftliches.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Das Correspondenzblatt der Generalkommission veröffentlicht folgenden Bericht:

In den Tagen vom 20. bis 22. März fand in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände statt, die sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen hatte: 1. Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission. 2. Die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. 3. Die Organisation der Kriegsteilnehmer. 4. Der nächste Gewerkschaftskongress. 5. Verschiedenes.

Der gedruckt vorliegende Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission wurde durch eine Reihe mündlicher Ausführungen von Legien, Bauer, Rube und Schmidt ergänzt. Legien berichtete über die Gewerkschaftseingaben zur Ernährungsfrage und die anschließenden Verhandlungen mit dem Kriegs- und Ernährungsamt, Kriegsamt und dem preussischen Staatskommissar für Ernährungswesen, über die Eingabe betr. Arbeiterforderungen bei Monopolisierung von Wirtschaftszweigen, über das Zusammenwirken mit der Gesellschaft für soziale Reform bei Vorbereitungsarbeiten für eine gezielte Neuregelung des Koalitionsrechts, über die Streikstatistik für 1915 und über die seitens der Generalkommission gewährten Teuerungszulagen für ihre Angestellten. Bauers Bericht erstreckte sich auf alle neueren Arbeiten für die Ausführung

des Hilfsdienstgesetzes, bei denen in zahlreichen Fällen die Interessen der Arbeiter mit zäher Energie vertreten werden mußten, sowie auf die belgische Arbeiterfrage. Robert Schmidt machte Mitteilungen über den Stand und die Ursachen der Ernährungsverhältnisse, während Rube den Kassenbericht eingehend erläuterte und daran anknüpfend die Regelung der Beiträge an die Generalkommission betonte.

Auf allgemeinen Wunsch gab der gewerkschaftliche Vertreter im Kriegsamt, Schlichte, eine Darstellung über sein Wirken in diesem neuen Arbeitskreis und über die Möglichkeit, das Interesse der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Es sei manchmal recht schwierig, mit den vielen Ressorts im Kriegsamt über einzelne Fragen ins reine zu kommen, noch schwieriger aber, das Erzielte vor den Ansetzungen anderer Regierungsstellen zu bewahren, da das Kriegsamt nur in den wenigsten Fällen seine Entscheidungen endgültig treffen könne.

Die Debatte über diese Berichte nahm einen vollen Tag in Anspruch. Sie erstreckte sich auf die Ernährungslage und das Auftreten des preussischen Landwirtschaftsministers, das alleseitig entschiedene Zurückweichen fand, auf die Frauenerwerbsarbeit und Anstellung von Fabrikpflegerinnen, die sowohl Verteidiger als auch scharfe Gegner fand, auf die mit der Durchführung des Hilfsdienstes seither gemachten Erfahrungen und auf das Zusammenwirken der Generalkommission mit sozialpolitischen und Fürsorgeorganisationen, sowie den Erwerb der Mitgliedschaft in solchen Organisationen seitens der Gewerkschaften.

Dem Kassierer Rube wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zur Ernährungsfrage wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preussischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des Preussischen Landtages vom 7., 8. und 15. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigung ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung bekennen, daß die einseitige Politik des Landwirtschaftsministers zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspreche.“

Die Gewerkschaftsvorstände halten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit aufrecht und erheben nochmals ihre warnende Stimme. Die Arbeiterschaft muß von den verantwortlichen Stellen im Reich wirklich durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung dringend verlangen.“

Sodann wurde den Teuerungszulagen für die Angestellten der Generalkommission, mit Ausnahme der Kinderzulagen, die Zustimmung erteilt. Auf Anfrage wurde festgestellt, daß die Gewerkschaftsangehörigen und Arbeitersekretäre der Meldepflicht für den vaterländischen Hilfsdienst unterliegen. Es soll bei den Feststellungsausschüssen auf die Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswichtige Organisationen hingewirkt werden.

Zur Frage der Uebergangswirtschaft wurden der Konferenz Forderungen der Gewerkschaften unterbreitet, die von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission ausgearbeitet und mit einigen Ergänzungen auch von den übrigen Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen angenommen worden sind. Sie sollen durch eine eingehende schriftliche Begründung ergänzt und dem Reichsamt für Uebergangswirtschaft sowie dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe eingereicht werden. Robert Schmidt erläuterte die Forderungen durch ein Referat. Er wies einleitend darauf hin, daß die Gewerkschaftsvorstände sich schon seit dem Februar 1915 mit den Fragen der Uebergangswirtschaft befaßt haben, die Aufstellung der vorliegenden Forderungen geschah im Auftrage der Konferenz vom November 1916. Ihre Erledigung drängt infolge der neuerdings im Ausschuß für Handel und Gewerbe begonnene Behandlung der Arbeiterfragen für den Bereich der Uebergangswirtschaft. Die Forderungen teilen sich in solche allgemein wirtschaftlicher und organisatorischer Natur (Arbeitervertretung im Beirat des Reichskommissariats, Regelung der Ein- und Ausfuhr, Verfügung über den Schiffsraum, Eisenbahn- und Binnenschiffahrtswesen, Hebung der Erwerbstätigkeit, Errichtung von Wirtschaftsämtern und Aufsicht über die Syndikate), weiter solche, die die Lebensmittelversorgung betreffen, dann Forderungen der Arbeitsvermittlung, solche bezüglich der Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen, Forderungen hinsichtlich der Regelung der Arbeitsverhältnisse, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, besondere Hilfeleistung für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige und schließlich Forderungen auf dem Gebiet der Wohnungsfrage. Da die Forderungen in Bälde bekanntgegeben werden, so mögen einige Darlegungen über ihre Stellungnahme zu der eigentlichen Demobilisation des Heeres genügen. Von einflussreichen Seiten ist verschiedentlich verlangt worden, die Entlassung der Kriegsteilnehmer den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen. Der Referent widerspricht diesen Wünschen. Kein Heeresangehöriger würde es billigen, auch nur einen einzigen Tag länger, als militärische Bedürfnisse dies erfordern, im Heeresdienst zurückgehalten und von Heimat und Familie getrennt zu werden. Gewiß können Millionenheere nicht binnen wenigen Tagen aufgelöst werden. Auch sei auf das Wirtschaftsleben insofern Rücksicht zu nehmen, daß die für die Wiederaufnahme der Betriebe unentbehrlichen Arbeitskräfte möglichst frühzeitig zu entlassen seien. Im übrigen müsse aber jede Verzögerung der Entlassung vermieden werden. Die Rücksichtnahme auf Arbeitsmangel dürfe kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig im Dienst zu behalten. Wenn Arbeit nicht nachgewiesen werden könne, dem müsse die Arbeitslosenunterstützung zuteil werden. Das letztere gelte auch für die entlassenen Hilfsdienstpflichtigen und die übrigen infolge der Uebergangswirtschaft beschäftigungslos werdenden Arbeiter und Angestellten. Im weiteren sollen die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen in geeigneter Form in die Uebergangswirtschaft übernommen und geeignete Arbeitervertretungen (Kammern) geschaffen werden. Die vorgelegten Forderungen wurden im Einzel-

nen erörtert und einige redaktionelle Änderungen und Ergänzungen beschlossen, wonach die ganze Vorlage einstimmig zur Annahme gelangte.

Sinsichtlich der Organisation der Kriegsteilnehmer, mit der sich bereits eine Vorstandskonferenz im November 1916 befaßt hatte, blieb ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung in der Minderheit. Die Konferenz beschloß, diese Frage vorläufig zurückzustellen, und zwar solange, bis wirklich ernsthafte Organisationsbestrebungen der Kriegsteilnehmer eine erneute Stellungnahme notwendig machen. Doch soll den besonders von Essen ausgehenden Versuchen, die Kriegsbeschädigten zu vereinigen und sogar in Zentralverbänden zusammenzuführen, mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.

Da im Jahre 1917 nach dem Regulativ der General-Kommission ein Gewerkschaftskongreß einzuberufen wäre, unterbreitete die Generalkommission die Entscheidung darüber der Konferenz der Vorstände. Dieselbe war indes in ihrer großen Mehrheit für eine Vertagung des Kongresses bis nach dem Kriege. Es wurden für diesen Beschluß die gleichen Gründe geltend gemacht, die für eine Vertagung der Verbandstage maßgebend waren.

An letzter Stelle wurden einige geschäftliche Fragen erledigt. Der Beitritt zur Gesellschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde der Generalkommission und den einzelnen Gewerkschaften empfohlen. Die Entscheidung über den Beitritt zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur soll noch zurückgestellt werden. Der Bericht des Vertreters der Generalkommission im Deutschen Wohnungsausschuß wurde entgegengenommen.

Eine Arbeitsgemeinschaft im Buchbindergewerbe. Zwischen dem Verband deutscher Buchbindermeister und dem Deutschen Buchbinder-Verband ist eine Arbeitsgemeinschaft gebildet worden, welche in erster Linie die Kriegsbeschädigtenfürsorge zum Zweck hat. Sie erstreckt sich aber daneben auch auf die Arbeitsvermittlung und die gemeinsame Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.

Der Zimmerer-Verband hat unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der größte Teil seiner Mitglieder im Heer steht, im Jahre 1916 ein recht günstiges Ergebnis erzielt. Bei Ausbruch des Krieges zählte der Verband 62 673 Mitglieder, von denen bis Ende 1915 fast zwei Drittel, nämlich 37 776 zum Heeresdienst eingezogen waren. Am Jahres-schluß 1916 waren noch 18 952 Mitglieder vorhanden. Obwohl im letzten Jahre noch weitere 5000 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen wurden, war die Mitgliederzahl am Jahres-schluß nur auf 17 099 zurückgegangen. Die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt betrug 18 121 gegen 22 916 im Jahresdurchschnitt 1915. Das Gesamtvermögen des Verbandes hat sich im Berichtsjahr um 108 365 Mk. erhöht; es betrug am Jahres-schluß 4 958 931 Mk., davon 4 174 277 Mk. in der Hauptkasse des Verbandes.

Unternehmerbewegung.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände umfaßt, wie der Geschäftsführer Dr. Tünzler auf der am 17. März abgehaltenen Versammlung der Vereinigung mitteilte, 1100 Arbeitgeberverbände mit 2 Millionen beschäftigten Arbeitern. In dem veröffentlichten Bericht über diese Versammlung heißt es, es seien interessante Beispiele über den ganz außerordentlich hohen und selbst durch die erhöhten Nahrungsmittelpreise nicht gerechtfertigten Stand des Lohnes in einzelnen Arbeiterkategorien mitgeteilt worden. Schade, daß diese Daten nicht der Öffentlichkeit übergeben werden, um ihre Nachprüfung zu ermöglichen. Es wird jetzt überhaupt in unklaren Andeutungen so viel über die angeblich hohen Arbeiterlöhne fabuliert, daß man nur wünschen konnte, daß eine amtliche Lohnstatistik die Wahrheit feststellt.

Daß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Abänderung des Vereinsgesetzes bedenklich erscheint, ist bei der Stellung dieser Organisation gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter nicht verwunderlich. Damit harmonisiert auch die warme Liebe, welche die Unternehmer den Selben entgegenbringen. Der Geschäftsführer, so heißt es

in dem Bericht, betonte die volle Gleichberechtigung der Stellung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterverbände, die von den anderen Organisationen der Arbeitnehmer unter Bruch des Burgfriedens nach wie vor bekämpft werden.

Dieser Bericht aus dem Unternehmerlager enthält keine neuen Tatsachen. Es ist aber ganz nützlich, die Arbeiterschaft daran zu erinnern, daß die Haltung der Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen durch den sogenannten Burgfrieden keine Änderung erfahren hat. Die interessantesten Vorgänge auf derartigen Tagungen werden natürlich der Öffentlichkeit verschwiegen. Das Mitgeteilte genügt aber, um darzutun, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter ihre Organisationen intakt erhalten.

Literarisches.

Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun. (Verlagsbuchhandlung von Julius Springer, Berlin W. O., Linienstraße 23/24.) Preis für den Band (6 Hefte) 18 Mk.; einzelne Hefte 3,50 Mk.

Das sechste erschienene Heft des fünften Bandes dieser zu hohem Ansehen gelangten, von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen, bei Julius Springer in Berlin verlegten Zeitschrift zeichnet sich wieder durch die ungewöhnliche Fülle bedeutender Beiträge aus. Charakteristisch für die Annalen ist wie stets auch diesmal, daß die Abhandlungen des Heftes unbeschadet ihres wissenschaftlichen Gehalts zugleich von starkem politischen Interesse und praktischer Wirkung sind. Das hat sich besonders lebhaft in dem Widerhall gezeigt, den der Aufsatz des Berliner Historikers Meinede über die Reform des preussischen Wahlrechts in der Presse aller Parteien gefunden hat. Neben ihm ist von ähnlich aktuellem Interesse die Abhandlung von Professor Preuß über die Steinhardenbergische Neuorientierung, die voll beziehungsreicher Ironie Schlaglichter auch auf die Bethmann Hollweg'sche „Neuorientierung“ wirft. Eine Gegenwartsfrage erörtert ferner der Aufsatz von Professor Fuchs über die Aufgaben der Wohnungspolitik in und nach dem Krieg. In das Gebiet der nationalökonomischen Theorie gehört die hervorragende, einen großen Fortschritt in der bisherigen Erkenntnis darstellende Abhandlung von Professor Menge: Grundlegung der vergleichenden Wirtschaftstheorie. Unter den genannten finden sich in dem 272 Seiten starken Heft unter den Abhandlungen wie unter den Rubriken Soziale Gesetzgebung, Miscellen und Literatur noch andere wertvolle Arbeiten, die in allgemeinpolitischer, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht reiche Belehrung bieten.

Berthes Kleine Völker- und Länderkunde zum Gebrauch im praktischen Leben. Dritter Band: Schweden von Dr. Fritz Arnhelm. Mit zwei Karten. Preis gebunden 4 Mk. Verlag Friedrich Andreas Berthes, A.-G., Gotha.

Von dieser Sammlung sind bisher zwei Bände, Irland und Rumänien, erschienen, denen sich der neue Band würdig zur Seite stellt. Die Herausgabe dieser Kleinen Völker- und Länderkunde ist ein verdienstvolles Werk. Sie vermittelt in knapper Form eine Fülle von Wissen über die beschriebenen Länder. Schweden spielt im jetzigen Weltkrieg eine wichtige Rolle, eine Darstellung der Geschichte und der wirtschaftlichen und politischen Zustände des Landes dürfte daher besonders willkommen sein.

Die Monatschrift der österreichischen Sozialdemokraten ist in der gewohnten Ausstattung im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI, erschienen. Einige Lücken, die die Zensur in mehrere Textbeiträge gerissen hat, vermögen den Wert des Denkblattes nicht herabzumindern. Der Preis beträgt 30 Pf.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg. (Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Einnahme im März.

Ueber-schuß fanden ein: Düsseldorf, Hannover, Weimar je 300, Bielefeld, Mühlberg, Leipzig II, Schwenningen, Uroch je 200, Dierdorf, Pfungstadt, Rabenau, Raitz je 150, Neu-Ulm 170, Hamburg III 149,81, Ulfassenburg, Sughing, Behlbeiden, Meiderich je 100, Bolzau, Gils je

80, Briesg 75, Neuluthheim, Segeberg je 50, Raitzbor 28,2 Hochheim 6,60 Mk.

Summe der Ueber-schüsse . . . 3587,70 Mk.
Beiträge von Einzelmitgliedern . . . 2014,80 „
Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern . . . — „
Zinsen von Kapitalien . . . 12911, — „
Sonstige Einnahmen . . . 5591,71 „

Gesamteinnahme 24105,10 Mk.

Ausgabe im März.

Zuschuß erhielten: Berlin E 1600, Berlin C 1400, Berlin F, Nürnberg je 1000, Berlin H, Frankfurt I, Offenbach je 800, Mainz 700, Berlin D, Berlin G, Hamburg IV, Lidenau je 600, Altenburg, Hamburg V, Thonberg je 500, Berlin K, Chemnitz, Köln I, Lindenthal, Dresden A, Elfenstein, Freiburg i. B., Hörde, Neuluth, Neuwied, Würzburg je 400, Barmen, Charlottenburg, Kall, Mühlheim a. Rh., Darmstadt, Elberfeld, Erlangen, Harburg, Leipzig I, G. triebisch, Gohlis, Volkmarstorf, Netarau, Neustadt a. S., 300, Halberstadt, Höchst, Kulmbach, Meissen, Sangerhausen je 250, Degenhausen 230, Lachen, Ablershof, Altona, Burg, Pippes, Dietesheim, Dortmund I und II, Forchheim, Gelsenkirchen, Gevelsberg, Gießen, Harburg, Heidesheim, Connewitz, Reudnitz, Ludwigshafen, Finthen, Köstheim, Neu-Isenburg, Oppan, Schwegingen, Untertürkheim, Wiesbaden je 200, Ilmenau 160, Bergedorf, Bruchsal, Bückeburg, Bergshausen, Ehrenfeld, Eiterhagen, Elmshorn, Estha, Friedrichshagen, Gera, Giesberg, Göttingen, Grünwettersbach, Hamburg II, Heidesheim, Heinrichsruh, Hermsdorf, Hildorf, Budau, Offenbach II, Pforzheim, Regensburg, Rendsburg, Reutlingen, Solingen, Worms je 150, Hochstadt 120, Arzheim 110, Aue, Berg, Glöckbach, Schöneberg, Blankenburg a. S., Bödingen, Böhlitz-Ehrenberg, Büttrich, Bunszlau, Harleshausen, Sülz, Edenloben, Edingen, Eilingenweier, Hainhausen, Hauen, Heuchelheim, Höhe, Kalbach, Kellterbach, Lamsbach, Rodau, Möckern, Schönefeld, Ludenau, Sudenburg, Drais, Sedenheim, Naumburg, Niederstein, Oshag, Osterwieck, Rödersheim, Ruit, Schleißheim, Schleiß, Singen, Speyer, Stettin, Tauberschlößchen, Theissen, Trotha, Ulm, Untergrüne, Bach, Wachenbuchen, Weisenfels, Winsen, Witten, Wilfrath, Zeulenrode je 100, Unterhans, Lorschach, Meerane, Plaue, Rochheim je 80, Altbach, Großenritte, Flörsheim, Trebbin, Zossen je 75, Bubenheim 70, Berchtesgaden, Schleswig, Waltershausen je 60, Haibach, Hapelbach, Rahla, Neustrelitz, Ohlau, Rüdighheim je 50, Rheindt 43,79, Burgstädt 40,50, Cunnersdorf, Fackenburg, Rheindürkheim je 40, Friedberg 21,30 Mk.

Summe der Zuschüsse . . . 37820,59 Mk.
Krankengeld an Einzelmitglieder . . . 2986,47 „
Sterbegeld an Einzelmitglieder . . . 187, — „
Sonstige Ausgaben . . . 5066,41 „

Gesamtausgabe 46060,47 Mk.

Gesamteinnahme . . . 24105,10 Mk.
Gesamtausgabe . . . 46060,47 „
Abnahme des Vermögens . . . 21955,37 Mk.

H. Sud., Hauptkassierer.

Den Ortsverwaltungen diene hiermit zur Kenntnisnahme, daß durch Beschluß des Vorstandes mit dem Aufsichtsrat der Kasse und mit Genehmigung des Kaiserlichen Aufsichtsamts die Höhe der den Verwaltungen gemäß § 16, Ziffer 16, der Kassensatzung zustehenden Vergütungen persönlicher und sachlicher Art ab 1. Januar d. J., also schon für das erste Quartal, von 6 auf 7 Prozent der eingegangenen Beiträge erhöht sind. Ferner teilt der Unterzeichnete mit, daß in Anbetracht der jetzigen Zeitverhältnisse und was damit zusammenhängt die Abhaltung der Generalversammlung in diesem Jahre (in Hamburg) bis auf weiteres ausgesetzt ist. Der diesbezügliche Beschluß des Vorstandes mit dem Aufsichtsrat hat ebenfalls die Zustimmung des Aufsichtsamts gefunden. Ueber die näheren Gründe beider Angelegenheiten wird allen Verwaltungen stellen ein eingehend begründetes Zirkular zugehen, so daß diesbezügliche weitere Anfragen sich erübrigen dürften.

Der Vorstand.

J. A. G. Plume, Vorsitzender.

Gestorbene Mitglieder.
Karl Zeitner, Schreiner, 61 Jahre, gest. in Höchst a. M.
Max Olfen, Korbmacher, 63 Jahre, gest. in Giesleben.
Bruno Krojisch, Knopfmacher, 62 J., gest. in Schmolln.
Karl Amende, Klavierbauer, 41 J., gest. in Kahla.
August Hüder, Schreiner, 39 Jahre, gest. in Düsseldorf.
Anton Rörl, Schreiner, 57 Jahre, gest. in Düsseldorf.
Peter Schult, Schreiner, 47 Jahre, gest. in Düsseldorf.
Georg Rechenauer, 57 Jahre, gest. in Hofenheim.
Ehre ihrem Andenken.

Wir suchen möglichst auf sofort einen äußerst tüchtigen, zweif. militärischen Tischler (2. Beruf) für den Maschinenbau unserer Möbelfabrik, die zurzeit Turbinenwagen (Proviandwagen) fertigt. Bedingungen: Kenntnisse und Schulung der feinen Holzverarbeitungs-masch. Gest. Arbeit u. Gehaltsanspr. sind zu richten an **Hedersdorfer Möbelfabrik, Münden a. D.**

2 tüchtige Tischlergesellen
auf bessere eichene Herrenzimmer gesucht. Auch kann Alford gearbeitet werden. Freie Kost und Logis.
Erich Bothe, Baruth (Mark).

Tüchtige Anschläger
steht ein Kurt Siebert, Möbelfabrik, Rastenburg (Ostpr.).

Tüchtige Polierer
auf Rund- und Ovalrahmen sucht Franz Eckert, Rahmenfabrik, Buchholz (Sa.).

Stuhlbauer und Tischler
auf geschweifte Arbeiten für Heereslieferung gesucht. Auch Kriegsbeschädigte.
Kürth & Dieber, Geringswalde i. Sa.

Tüchtige Korbmacher
für 8er ganz aus Weide und für Drillingsgeselle sucht
Theodor Reimann,
Dresden-St., Königsstr. 3.

Korbmacher auf 98er Munitionskörbe und 15-cm-Langgranaten von Weide sucht
Hermann Kühn, Kößschenbroda.

30 bis 50 Korbmacher
auf 98er und 10-cm-Patronenkörbe stellt ein
Ad. Schmilch jun., Korbwarenfabrik, Langerhütte.

Korbmacher auf 98er Munitionskörbe, 15-cm-Granat- und 21-cm-Langgranatenkörbe stellt sofort ein
Max Findeisen, Kößschenbroda.

20 Korbmacher auf 98er Geschößkörbe von Weiden bei gutem Material gesucht.
Reinhold Hoffmann, Weidenschälerei, Uruhhstadt (Posen).

Korbmacher
nur auf Heereslieferungen stellen sofort ein
Calm & Ahlfeld, Bernburg (Saale).

Korbmacher
auf 21-cm-Langgranaten- u. 98er Munitionskörbe sucht
Bruno Klingner, Kadebeul bei Dresden, Brunnenplatz 5.

Werkzeug-Neuheiten.
Preislisten gratis und franko!
Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.

Aus meinem Leben. Bon August Bebel. 7,25 Mk., Gehert-Verl. 3,50 Mk.
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Den Verbandsmitgliedern empfehlen wir das von uns herausgegebene
Lohnbuch für Holzarbeiter
Kleine Ausgabe, enthaltend 40 Seiten, 10 Pf.
50 Stück 4,50 Mk.
Große Ausgabe, enthaltend 80 Seiten, 20 Pf.
50 Stück 9,— Mk.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16.

Städt. Kunstgewerbliche Tischler-Schule Freiberg in Sachsen
mit Lehrwerkstätte.
Staatlich unterst.
1-2 und mehr Halbjahrs-kurse. Beginn Mitte April und Mitte Oktober. Meistertest. Maschinenkursus. Erleichterte Einpr. nach § 69 W.-O. — Programm und Auskunft kostenlos. —

Eingelegte Furniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben.
E. Biller, Marqueter, Heidelberg
Theater-Strasse 7.